

[Transcript] Echo der Zeit / Niger: Ecowas droht Putschisten mit «Einsatz von Gewalt»

Radio SRF, Echo derzeit mit Christina Scheidegger.

Die Themen vom 30. Juli.

Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOVAS setzt den Putschisten in Niger ein Ultimatum und rot mit Gewalt.

Die israelische Halbleitungsbranche bankt nach dem Entschalten über die Justizreform um ihre Zukunft. Innovation braucht Freiheit. Innovation braucht Liberalismus.

Die wird ein autoritäres Regime oder gar eine Diktatur überhaupt nicht ertragen.

Die israelische Regierung wiederum bankt um den Verbleib der Halbleitungsbranche im Land.

Wir beleuchten die Gemengelage mit dem Beobachter Entel Aviv.

Die Schweizer Gebäudeversicherung rechnen in Zukunft mit höheren Schadenssummen wegen des Klimawandels, aber nicht nur.

Und der Erzbischof von Waduz, Wolfgang Haas,

hat während seiner Kirchenkarriere vieler Gläubiger vor den Kopf gestoßen.

Es wird sicherlich einige Mühe kosten, diese Menschen zu gewinnen, wenn es überhaupt gelingen soll.

Bilanzierte er selber.

In den nächsten Tagen muss er altersbedingt seinen Rücktritt einreichen.

Nach dem Putsch in Niger bleibt die Lage angespannt.

Heute hat sich die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas zu einer Sondersitzung getroffen

und Niger unmissverständlich dazu aufgefordert, den Putsch rückgängig zu machen.

Die Ecowas droht sogar mit militärischer Gewalt.

Der Wehl finden in Niger selber antifranzösische Kundgebungen statt.

Aus Landredaktor Beat Vogt fasst die Situation zusammen.

Die Ansage des Präsidenten der Ecowas Omar Toure war mehr als deutlich.

Innerhalb einer Woche müsse die demokratische Ordnung im Niger wiederhergestellt

und der demokratisch gewählte Präsident Mohammed Basoum wieder im Amt sein.

Ansonsten könne er die Anwendungen von Gewalt nicht ausschließen.

Außerdem gab die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas auch erste direkte Maßnahmen bekannt.

Man setzte alle Handels- und Finanzbeziehungen zum Mitgliedsland Niger aus

und das Vermögen von Niger bei Zentralbanken von Ecowas-Mitgliedern werde eingefroren.

Derweil erhalten die Putschisten im Land selber Unterstützung von der Straße.

Tausende Anhängerinnen und Anhänger seien durch die Hauptstadt von Niger gezogen, berichtet die Nachrichtenagentur AP.

Sie hätten dabei russische Fahnen geschwenkt

und gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich Stimmung gemacht.

Der Demonstrationzug habe schließlich auch die französische Botschaft angegriffen,

Steine seien geworfen, eine Tür der Botschaft in Brand gesetzt worden.

Die Armee des Nigeres habe die Demonstration dann aufgelöst.

Frankreich hat die Attacke verurteilt.

Man toleriere keine Angriffe gegen französische Interessen, warnte das Präsidialamt.

Wer sich darüber hin wegsetze, müsste mit einer umgehenden und strikten Reaktion rechnen.

Die neuen Machthaber Nigeres verwehren sich zwar gegen jegliche Einmischung aus dem Ausland,

aber die Drohkulisse gegen sie wird immer stärker.

Etwas in den Hintergrund scheinen diplomatische Lösungen zurück.

Einzigste Ausnahme?

Der Präsident des Nachbarlands Chad ist laut französischen Agenturen für Verhandlungen nach Niger gereist.

Zu den Nachrichten jetzt und Marco Kolla.

Da geht es zuerst um den Krieg in der Ukraine,

sowohl die Ukraine als auch Russland haben, Angriffe gemeldet.

Angriffe gab es in der Nacht auf heute unter anderem in der südukrainischen Stadt Saporizia.

Dort sind laut den ukrainischen Behörden zwei Menschen getötet worden.

Zwei weitere Todesopfer haben es bei einem Angriff auf die Stadt Sumi gegeben, im Nordosten der Ukraine.

In der russischen Hauptstadt Moskau sind ihr, weil erneut Drohnen abgeschossen wurden.

Das berichtet die staatliche russische Nachricht Nagenturtas.

Eine Person sei leicht verletzt worden.

Zudem teilte das russische Verteidigungsministerium mit Russland einen Drohnenangriff auf die Halbinsel Krim abgewirkt.

Es seien dort insgesamt 25 Drohnen abgeschossen worden.

Der russische Präsident Vladimir Putin hat der Marine neue Kriegsschiffe versprochen, dies anlässlich einer Marineparade in St. Petersburg.

In diesem Jahr werden die Flotte um 30 Schiffe verschiedener Klassen ergänzt.

Russland wolle damit die Schlagkraft der Marine ausbauen, sagte Putin.

Auf den Krieg in der Ukraine sei der russische Präsident jedoch nicht speziell eingegangen, berichten Nachrichtenagenturen.

Bei der Parade war auch Verteidigungsminister Sergei Shoigu dabei

und mehrere Gäste des Afrika-Gipfels, der diese Woche ebenfalls in St. Petersburg stattfand.

Papst Franziskus hat Russland aufgefordert, zum Getreideabkommen mit der Ukraine zurückzukehren.

Nach dem heutigen Angelos-Gebet sagte Franziskus zu den Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom, er appelliere an die russischen Behörden, sie sollen die Exporte von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer wieder zulassen.

Franziskus sagte weiter, der Krieg zerstöre alles, auch das Getreide.

Dieses sei ein Geschenk Gottes, es zu zerstören sei eine schwere Beleidigung Gottes.

Das Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine war vor knapp zwei Wochen ausgelaufen,

weil Russlands eine Verlängerung ablehnte.

In Pakistan ist während einer politischen Veranstaltung eine Bombe explodiert.

Dabei wurden nach neuesten Behördenangaben mindestens 39 Personen getötet und Dutzende weitere verletzt.

Die genauen Hintergründe der Tat sind gemäß der Polizei noch unklar.

Die Explosion ereignete sich im Nordwesten von Pakistan als sich eine radikalislamische Partei zu einer Versammlung traf.

Die Partei war in der Vergangenheit bereits das Ziel von Anschlägen geworden.

In Griechenland ist es der Feuerwehr gelungen, mehrere Busch- und Waldbrände unter Kontrolle zu

bringen,

in der Nähe der antiken Städte von Olympia, auf der Halbinsel Peloponnes.

In zahlreichen anderen Regionen Griechenlands ist die Situation dagegen weiterhin angespannt.

Der Zivilschutz und die Feuerwehr riefen die Bevölkerung deshalb zur Achtsamkeit auf, es herrschte die zweithöchste Stufe der Waldbrandgefahr.

Und noch in die Schweiz.

Steigende Preise, höhere Krankenkassenprämien oder teurere ÖV-Billete machen den Menschen in der Schweiz zu schaffen.

Preisüberwacher Stefan Meier-Hans drängt deshalb auf einen stärkeren Konsumentenschutz.

Im September wolle er einen Kaufkraftgipfel durchführen, sagt Meier-Hans den Sonntagsblick.

Bei diesem sollen alle wichtigen Organisationen und Interessensgruppen an einem Tisch versammelt sein.

Konkretes Ziel, Meier-Transparenz schaffen und gerade auch die Rolle der Staatsnamen Unternehmen wie POST oder SBB

bei der Preisentwicklung näher beleuchten.

Sport jetzt, das erste große Ziel ist erreicht.

Die Schweiz steht an der FrauenfußballWM in Australien und Neuseeland im Achtelfinal.

Daniel Spichtig.

Die Schweizerinnen mussten im letzten Gruppenspiel gegen die Co-Gastgeberinnen Neuseeland bis zur letzten Sekunde zittern.

Ein Gegentor und die Schweizer WM-Träume werden je geplatzt.

Doch das Team von Trainerin Inka Grings brachte das 0-0 trotz brenzlichen Situationen über die Runde

und konnte sich über den Achtelfinal-Einzug und den Gruppen Sieg freuen.

Für die Neuseeländerinnen ist die HeimWM derweil zu Ende.

Im Achtelfinal konnte Neuseelands dank dem 6-0-Sieg gegen die Philippinen in der Tabelle noch überholen

und sich das zweite Achtelfinal-Ticket der Schweizer Gruppe sichern.

Im Achtelfinal treffen die Schweizerinnen am kommenden Samstag auf Japan oder Spanien.

Und eine Schweizer Erfolgsmeldung gibt's auch vom Radsport.

Malen Reuser beendet die Tour de France mit einem Etappensieg. Die Bernerin gewinnt das abschließende Zeitfahren.

Für die Wetteraussichten noch einmal zu Marco Koller.

Es ist und bleibt auch morgen ziemlich sanik. Die Temperaturen erreichen im Narten 25°C und im Süden 30°C.

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF. Bei uns geht's weiter mit der israelischen Heiterchindustrie,

in der sich viele schwer tun mit dem rechtsreligiösen Kurs der Regierung.

Mit den Schweizer Gebäudeversicherungen, die sich zunehmend auf extreme Wetterereignisse einstellen müssen

und mit der durchzogenen Bilanz der Kirchenkarriere von Wolfgang Haas, dem Erzbischof von Batuz.

Israel hat eine unruhige Woche hinter sich. Am Montag hat das Parlament einen Teil der umstrittenen Justizreform beschlossen und damit einen weiteren Sturm des Protestes ausgelöst.

[Transcript] Echo der Zeit / Niger: Ecowas droht Putschisten mit «Einsatz von Gewalt»

In Tel Aviv protestierten gestern Zehntausende den 30. Samstagabend in Folge gegen die Regierungspolitik.

Der ehemalige Zentralbankchef Jakob Frenkel warnte in einer Ansprache vor den wirtschaftlichen Folgen der Justizreform.

Er dürfte damit vielen aus dem Herzen gesprochen haben, die in der israelischen Heiterchindustrie engagiert sind

und die auch aussorge um die ökonomische Zukunft ihrer Branche Woche für Woche an den Protesten teilnehmen.

Der deutsche Journalist und Polizist Richard Schneider leitete lange das ARD-Studio in Tel Aviv und lebt nach wie vor dort im Zentrum der israelischen Start-up-Industrie.

Ich wollte von ihm wissen, wie wichtig die Heiterchbranche für Israel sei.

Sie ist wahnsinnig wichtig und man muss verstehen, dass etwa 10% der Bevölkerung in der Heiterchbranche arbeitet

und diese 10% erwirtschaften etwa 15% des Bruttoinlandsprodukts, sind für 50% des Exports des Landes zuständig

und haben ein 25%iges Steuereinkommen, das sie zahlen müssen.

Also der Staat Israel gewinnt 25% Steuern nur von diesen 10% aus der Heiterchbranche.

Also es ist wahnsinnig wichtig.

Warum überhaupt hat Israel eine so ausgeprägte Start-up-Industrie?

Das hat zwei Gründe.

Das eine ist, dass Israel immer sozusagen auf Brain setzen musste, weil es ein Land ist ohne Bodenschätze.

Also erst seit einigen Jahren hat man Gas im Mittelmeer gefunden vor den Ufern Israels, die jetzt dann auch ausgebeutet werden, diese Gasfelder, aber bis dato gab es nichts und so musste sich Israel quasi immer auf Glück, Witz und Verstand irgendwie verlassen, um in einer sehr feindlichen Umwelt irgendwie zu überleben und auch um eine Wirtschaft aufzubauen in einem Gebiet,

das natürlich jetzt erstmal rein von der Natur her nicht sehr freundlich ist.

Ich erinnere nur an eine der frühesten Innovationen, die in Israel erfunden wurde,

die sogenannte Tröpfchenbewässerung, die eine ziemliche Sensation war

und die heute in der ganzen Welt, in Regionen, wo es kaum Wasser gibt, eingesetzt werden.

Und so ging das halt immer weiter.

Und Israel hat auch mit seiner Armee, die ja quantitativ überhaupt nie mithalten konnte, mit diesen Größenordnungen der arabischen Armeen, hat das quasi immer qualitativ auffangen müssen.

Entscheidend, also die Branche für den Staat.

Und sind viele aus dieser Hightech-Branche sehr engagiert bei den Protesten gegen die Justizreform angestellte,

aber auch Firmen, Gründer, Unternehmerinnen. Warum ist das so?

Innovation braucht Freiheit. Innovation braucht Liberalismus.

Ich kann nur erfinderisch sein, wenn ich meinen Gedanken und meinen Lebensstil

und so wie ich verkehren und kommunizieren will, durch nichts eingeengt habe.

Ich rede von einem Land, das extrem kreativ ist und vor allem auch ein Land, dessen Flexibilität und dessen, ich sage jetzt mal im besten Sinne, ziviler Ungehorsam, Teil der Kultur ist.

Das heißt, was man in Israel erlebt, es gibt keine richtigen Hierarchien. Selbst in der Armee gibt es natürlich die Generäle, die Offiziere, die Platonführer, aber es gibt etwas, was in anderen Armeen nicht möglich ist. Das heißt, wenn ein Platon im Einsatz war und anschließend gibt es ein Debriefing und der Vorgesetzte, der diesen Einsatz geleitet hat, hat Mist gebaut, dann sagen seine Untergebenen ihm, hör mal zu, so geht's nicht. Und das ist eine Art von freiheitlichem Denken und von einer auch sehr flachen, hierarchischen Arbeit, wie man das aus der Hightech-Branche sowieso kennt. Die braucht einfach Freiheit und die wird ein autoritäres Regime oder gar eine Diktatur überhaupt nicht ertragen. Viele aus der Branche drohen nun, damit sich aus Israel zurückzuziehen. Sollte die Regierung ihre Pläne weiter verfolgen? Wie ernst sind diese Drohungen gemeint? Ich glaube, die Drohungen sind sehr ernst und das sieht man daran, dass alleine jetzt in den letzten 6 Monaten etwa 80 Prozent der neuen Startups von Israelis ihren Firmensitz in den USA haben. Das ist schon ein sehr klares Signal für das, was diese Branche zu tun bereit ist oder worüber sie sich Sorgen macht. Ich glaube, die Gefahr ist groß. Diese jungen Leute sind oft sehr viel flexibler, weil sie eben noch jung sind, bestens ausgebildet. Israelische Hightech-Leute haben einen unglaublichen Ruf, da wird mit Sicherheit schnell abgeworben. Also ich glaube, wenn die wirklich weg wollen, wird es ihnen nicht sehr schwer fallen. Und was bedeutet das für Israel, wenn diese Leute, diese hochqualifizierten Leute diese Branche abwandert? Es bedeutet wirtschaftlich ein irrsinnigen Verlust. Es bedeutet einen wahnsinnigen Prestigeverlust. Israel wird seinen Nimbus als Startup-Nation komplett verlieren. Und vor allem es wird auch im militärischen Bereich für große Probleme sorgen. Denn wie gesagt, die Armee ist ja im permanenten Austausch. Es ist ja immer so ein Fluss zwischen Universitäten, Armee und Startupsunternehmer. Die wechseln, die gehen in einen Bereich rein, gehen in den nächsten. Da ist ein permanenter Austausch. Und wenn das für die Armee wegfällt, wäre das einfach auch für die Stabilität und für die Sicherheit des Landes ein großes Problem. Entsprechend versucht die Regierung auch, die Branche zu halten. Das Parlament hat erst gerade angesetzt, verabschiedet, dass der Hightech-Industrie weitere Steuererleichterungen gewährt. Kann dieser Plan aufgehen? Ich glaube, nein. Ich glaube, der Plan kann nur aufgehen, wenn die Regierung ihre politischen Pläne ändert. Aber ich glaube, das kann deswegen nicht aufgehen, weil wir jetzt schon gesehen haben, dass in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gerade mal nur 3,7 Milliarden Dollar an Venture Capital ins Land gekommen sind. Und das sind jetzt schon 68 Prozent weniger als in dem selben Zeitraum im letzten Jahr. Und jetzt haben wir ja auch noch zwei Warnungen ausgesprochen bekommen. Die Moody Rating-Agentur hat Israel heruntergestuft, von positiv zu stabil. Das klingt zwar ganz toll, aber das ist nicht mehr so toll.

S&P 500 warnt inzwischen ganz laut vor den Risiken für die israelische Wirtschaft und Sicherheit. Und das wird natürlich die ausländischen Investoren nicht gerade verlocken, in Israel im Augenblick Geld anzulegen.

Vor allem, da man ja noch nicht weiß, wie es weitergeht.

Und solange dieses Thema der Justizreform nicht vom Tisch ist, glaube ich, werden die Menschen im Ausland sehr vorsichtig sein, Geld in Israel anzulegen und zu investieren.

Das sagt Richard Schneider, der Journalist und Publicist, lebt in Tel Aviv.

Ein umgekippter Baukran, abgedeckte Häuser, beschädigte Fassaden.

Der Sturm, der am Montagler Schottfond verwüstet hat, hat an Gebäuden enorme Schäden hinterlassen.

Schätzungen gehen von bis zu 100 Millionen Franken aus, möglicherweise ist es auch mehr.

Ein einzelner Sturm lässt sich zwar nicht mit dem Klimawandel erklären,

aber mit dem Klimawandel nehmen Intensität und Häufigkeit von solchen Wetterereignissen zu. Damit dürften künftig auch die Schäden zunehmen, die dann von Versicherungen bezahlt werden müssen.

Andrea Jacqui wollte wissen, was das für die Gebäudeversicherungen bedeutet und wie sie sich darauf vorbereiten.

Alain Rossier bestätigt. Tatsächlich hätten in den letzten Jahren Schäden an Gebäuden zugenommen.

Die durch starke Niederschläge entstanden seien,

sagt der scheidende Direktor der Vereinigung Kantonalen Gebäudeversicherungen.

Wir stellen mehr Wetterextreme fest.

Schäden, die früher noch so alle 50 Jahre erschienen sind, kommen heute plötzlich alle 10 Jahre zum Vorschein.

Die 10 Jahre sind ein statistischer Wert.

In den letzten Jahren gab es sogar noch häufigere Wetterereignisse mit starken Niederschlägen.

Dazu gehören auch die großen Überschwemmungen in den Jahren 2005, 2007 und 2009.

Rossier erwähnt auch den Hagel von 2021, der in den Kantonen Luzern und Zug an Gebäuden Schäden von über einer Milliarde Franken verursacht hat.

Heftige und starke Niederschläge, dieses Phänomen werde weiter zunehmen, sagt Christoph Schär.

Er ist Professor von Klima- und Wasserkreislauf an der ETH Zürich.

Das zeigten die Messungen in den Niederschlagstationen der Schweiz.

Von diesen Stationen kann man die Statistik machen

und da sieht man klar, dass die Heufigkeit und die Intensität von Starkniederschlägen in den letzten 50 Jahren deutlich zugenommen hat.

Dieser Anstieg in Heufigkeit und Intensität führen wir auf den Klimawandel zurück.

Und damit dürften auch die Schäden an Gebäuden zunehmen.

Doch einer Rossier scheidenden Direktor des Dachverbandes der Gebäudeversicherung, gibt zu bedenken, auch ohne Niederschlagsextreme, würde die Schadenssumme wachsen.

Denn es werde mehr gebaut und immer mehr Böden würden betonierte oder asphaltiert.

Und so konnte das Wasser nicht mehr versichern.

Die Folge seien überfluteter Keller und Straßen.

Trotzdem rechnet Rossier vor der Hand nicht mit steigenden Prämien bei den kantonalen Gebäudeversicherungen.
Nein, die Gebäudeversicherung sind in der Lage, auch Schäden künftig zu decken.
Das Gebäudeversicherungssystem ist ausgekügelt.
Die alten Gebäudeversicherungen haben viele gute, starke Reserven.
Sie haben einen guten und richtigen Rückversicherer im Rücken.
Das ist der interkantonalen Risikoverband.
Und zudem seien die kantonalen Gebäudeversicherungen solidarisch untereinander und würden sich bei der Finanzierung von riesigen Schäden gegenseitig helfen.
Trotzdem müsse man beim Bauen vorbeugend handeln, sagt Alan Rossier.
Hausbesitzerinnen und Bauherren müssten abklären, ob das Gebäude in einer Gefahrenzone stehe.
Und dann mit entsprechenden baulichen Maßnahmen vorbeugen.
Das kann beim Hochwasser oder beim Beschwemmungen vielleicht darin bestehen, eine kleine Schutzmauer um das Haus zu bauen.
Beim Hagel wird es empfohlen, dass man Hagel sicheres Material nimmt.
Da gibt es ein Hagelregister, wo man die Materialien auswählen kann.
Wenn man auch irgendwo in einem Hang ist, vielleicht wasserdichte Fenster im Keller.
Das heißt, Hausbesitzer und Bauherren können viel dazu beitragen, dass Starkniederschläge nicht allzu viele Schäden an Gebäuden anrichten.
Und das, obwohl es in Zukunft mehr Starkniederschläge geben dürfte.
Wolfgang Haas, der Erzbischof von Vaduz und der frühere Bischof von Kuh, wird Anfang August 75.
Damit erreicht er das Alter, in den Bischöfe der römisch-katholischen Kirche in der Regel ihren Rücktritt anbieten und in den Ruhestand treten.
Vieles spricht dafür, dass rum diesen Rücktritt umgehend annehmen wird.
Denn der streitbare, sehr konservative Kirchenmann hat sowohl in Kuh als auch in Vaduz stark polarisiert.
Auslandredaktor Franco Battell.
1988 wurde bekannt, dass Wolfgang Haas Bischof von Kuh werden soll.
Eine Nachricht, die sofort Widerspruch auslöste.
Das kann man sich doch nicht gefallen lassen.
Wir sind Frauen, wir wollen zu uns wehren.
Weil ich mehr Demokratie wünsche und ich vom Kanton Zürich komme und wir sehr ökumenisch unter guten Kontakt mit den Revimieten.
Wir möchten also eine Demokratie heiden, um in der Sonne nach Hierarchie zu erleben.
Angefangen hatte alles damit, dass Papst Johannes Paul II. Wolfgang Haas zum Weihbischof mit Nachfolgerechter nannte.
Was harmlos klingt, war eine päpstliche Kampfansage ans Bistum Kuhre.
Denn dieses verfügt über ein verbrieftes Mitspracherecht bei der Wahl seines Bischofs.
Und dieses Chura-Mitspracherecht hatte der unterdessen heiliggesprochene Papst ausgehebelt.
Trotz heftiger Proteste wurde Haas Bischof und machte sich daran,

seine sehr konservativen Ansichten durchzusetzen.

Auf Wünsche der Kirchenbasis, etwa für mehr Rechte für Frauen,
für Mitbestimmung oder einen stärkeren Einbezug von Laien, ging Haas nicht ein.

Seinen Kritikerinnen und Kritikern antwortete der Bischof etwa so.

Es wird sicherlich einige Mühe kosten, diese Menschen zu gewinnen, wenn es überhaupt gelingen soll.

Aber ich vertraue dabei fest auf die Gnade Gottes, denn das übersteigt bei weitem die menschlichen Kräfte.

Es gelang Haas nicht, das Vertrauen zu gewinnen.

Im Gegenteil, es entwickelte sich ein heftiger Bistumstreit,
auf dessen Höhepunkt sich zum Beispiel die Zürcher-Katholikinnen und Katholiken weigerten,
Gelder aus der Kirchensteuer nach Ruhr zu überweisen.

1997 folgte dann aus Rom der Donnerschlag. Haas musste gehen.

Damit der Papst und sein Bischof ihr Gesicht nicht ganz verloren,

wurde Haas formal befördert, ins Erzbistum veretzt,

dass man freilich erst erschaffen musste und das nur zehn Pfarreien umfasst.

Der Streit verlagerte sich nun ins Fürstentum.

Ob schon der Erzbischof beteuerte, er wolle ein Herzbischof sein.

Doch das war er nie.

Anfänglich ging Haas noch unter die Leute, zum Beispiel wenn er am lichtensteinischen Staatsfeiertag

die Feldmesse hielt und die Anwesenden begrüßte.

Durchlauch der Landesfürst, durchlauch der Fürstin,

durchlauch der Erdprinz Alois, Königliche Hochheit, Erdprinzessin Sophie,

durchlauch der Fürstliche Familie, sehr geehrte Vertreter.

So viel durchlaucht in nur 20 Sekunden.

Haas war ein Gefangener von Formalitäten und Traditionen,

ganz und gar aus der Zeit gefallen.

2011 führte Lichtenstein gleichgeschlechtliche Partnerschaften ein.

Haas war strikt dagegen.

Ab diesem Zeitpunkt blieb Haas auch der Feldmesse am Staatsfeiertag fern.

Aus Protest wollte er nicht mehr für Fürst und Volk predigen.

Der Erzbischof kapselte sich ab in einer immer kleiner werdenden Welt.

Und trotzdem hatte er, wie schon im Bistum Ruhr,

auch in Lichtenstein Anhängerinnen und Anhänger.

Viele waren es nie.

Aber sie schätzten es,

dass sich der in prunkvolle Gewänder gekleidete Erzbischof
gegen den Zeitgeist stemmte.

Zum Beispiel in einer Predigt 2010

auf dem Höhepunkt der Lichtensteiner Finanzaffäre.

Alles geht zur Ehre und alles geht zur Liebe.

Ich bitte nicht, alles dem Mammon zur Ehre

und alles dem Mammon zur Liebe.

Also alles diesem Götzen und diesem Dämon zur Ehre
und diesem Götzen und Dämon zur Liebe.
Das Geld ist ein Götze, ein Dämon.
Im Land der vielen Banken, Stiftungen und Treuhankgesellschaften
war das ein starkes Stück.
Noch stärker in Erinnerung bleiben aber wird der Versuch
des Erzbischofs die Uhren anzuhalten oder gar zurückzudrehen
und vor allem seine Personalpolitik.
Lichtenstein hat nur zehn Pfarreien,
doch Haas hat dutzende Priester eingesetzt oder geweiht.
Oft fielen sie auf wegen ärztkonservativer Ansichten.
Bei einem von Haas berufenen Pfarrer
in die Behörden Hitlers Mein Kampf und Kinderpornografie.
Viele dieser Priester werden auch nach der Pensionierung von Haas
weiter aktiv sein.
Sie sind seine eigentliche Hinterlassenschaft.
Franko Batel.
Zum Schluss der Echo-Woche der Blick voraus auf die nächste.
Da geht es bei uns zum Beispiel um die türkische Opposition.
Ende Mai hat sie die Wahlen verloren, jetzt zerlegt sie sich selbst.
Hintergrund sind Enthüllungen zu Präsidentschaftskandidat
Kemal Kilic Starolu.
Dieser soll einer rechtsradikalen Partei
unter anderem das Innenministerium versprochen haben.
Wir schauen uns genauer an, was da gerade passiert.
Außerdem sprechen wir über UFOs, über unidentifizierte Flugobjekte.
Ein Thema, das gleichermaßen fasziniert und polarisiert,
wissenschaftliche Forschung dazu wurde lange eher belächelt,
aber doch das ändert sich.
Wir sprechen darüber mit Hakan Kayal, Professor für Raumfahrttechnik
an der Universität Würzburg.
Für heute bleibt noch der Blick auf die Resultate aus der Fußball-Super League.
Lucerne Gewinnt gegen Stadlosam 2-1.
Der FC Basel schlägt Wintertour mit 5-2
und Iverdon Spor und die Young Boys trennen sich 2-2.
Das war das Echo der Zeit mit Redaktionsschluss um 18.28 Uhr.
Verantwortlich für die Sendung Mathias Kündig,
für die Nachrichten Michael Wieland.
Am Mikrophon Christina Scheidecker.